

Frank Bösch

Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.697>

Reprint von:

Frank Bösch, Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren,
in: Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte,
herausgegeben von Konrad Jarausch, Vandenhoeck und Ruprecht Göttingen,
2008, ISBN 978-3-525-36153-5, S. 296-309

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Frank Bösch (2008), Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.697>

Ursprünglich erschienen als: Frank Bösch, Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, herausgegeben von Konrad Jarausch, Vandenhoeck und Ruprecht, 2008, ISBN 978-3-525-36153-5, S. 296-309

Frank Bösch

Die Krise als Chance

Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren

Zeitgeschichtliche Arbeiten neigen dazu, zunächst zeitgenössische Zuschreibungen zu übernehmen. Die ersten Zuordnungen, die einzelne Jahrzehnte erhalten, orientieren sich häufig an frühen sozialwissenschaftlichen Analysen, den Regierungserfolgen oder an Schlagworten der Zeit. Erst in einer zweiten Forschungsphase erfolgt oft eine Differenzierung. So galten die fünfziger Jahre bekanntlich zunächst als »Restauration«, wobei der Wahlslogan »keine Experimente« als Signum der Epoche herhielt, bis schließlich auch für dieses Jahrzehnt zahlreiche Aspekte der »Modernisierung« entdeckt wurden.¹ Ebenso wurde für die sechziger Jahre mit zunehmender Forschung nicht nur das begrenzte gesellschaftliche Reformpotenzial der 68er herausgearbeitet, sondern auch Grenzen der zunächst postulierten gesellschaftlichen Liberalisierung.² Die geschichtswissenschaftliche Erforschung der siebziger Jahre, die nun einsetzt, sollte insofern vermeiden, sich erneut vornehmlich den öffentlich hegemonialen Teilkulturen der Zeit zu widmen. Denn genau wie die fünfziger Jahre nicht in Adenauers Kabinettpolitik und einer konservativen Restauration aufgehen, sondern von zahlreichen Protesten und Bruchlinien gekennzeichnet waren, die auf das folgende Jahrzehnt verwiesen,³ sind auch in den siebziger Jahren Gegenbewegungen gegen den sozialliberalen Zeitgeist ein wichtiger Bestandteil.

Man würde zu sehr die mediale und sozialwissenschaftliche Selbstdeutung übernehmen, wenn man dieses Jahrzehnt vor allem als Zeit des Postmaterialismus, der Alternativkulturen oder der sozialliberalen Politik fasst.⁴ Denn alle Großnarrative zum Wandel der Gesellschaft, wie die Liberalisierung, die Entkirchlichung, die Abnahme der landwirtschaftlichen und selbständigen Berufsgruppen oder der Wertewandel von autoritären Mustern hin zur Selbstentfaltung, hätten eigentlich dazu führen müssen, dass die CDU und insbesondere die CSU in den siebziger Jahren zu Kleinparteien schrumpften. Und tatsächlich gingen um 1970 nicht wenige Zeitgenossen davon aus, dass die Christdemokraten eine Partei der ländlichen katholischen Rentner würden und kaum eine Zukunft in einer modernisierten liberalen Dienstleistungsgesellschaft hätten, die sich im vielzitierten Generationswechsel gerade verjüngte. Umso erklärungsbedürftiger ist, dass schon in den siebziger Jahren genau das Gegenteil der Fall war.

Mein Artikel plädiert deshalb für eine ergänzende und alternative Lesart der siebziger Jahre, indem er den Blick auf das oppositionelle bürgerliche Lager der Zeit richtet – also insbesondere auf die Christdemokraten und ihr konservatives, christlich-soziales und/oder nationalliberales Umfeld.⁵ Die frühen siebziger

Jahre, so die These, stehen in dieser Perspektive zugleich für eine Fundamental-
krise der Christdemokratie und ihre Erneuerung. Wie ich im Folgenden zeigen
möchte, blieb einerseits auch in diesem Jahrzehnt eine stark konservative Grund-
struktur in der Gesellschaft und der Christdemokratie bestehen, andererseits
setzte parallel zum Krisendiskurs und aus ihm heraus eine gewisse Neustruk-
turierung ein, die den Grundstein für die wachsende christdemokratische Domi-
nanz bei allen folgenden Bundestags- und Landtagswahlen legte. Insofern schuf
die Krise durchaus Chancen für einen neuen politischen Aufbruch.⁶

1. Das rote Jahrzehnt?

Generell sind zunächst die bisherigen Etikettierungen und Perspektiven auf die
siebziger Jahre zu problematisieren. Viele Zuschreibungen – wie insbesondere
»rotes Jahrzehnt« oder »sozialdemokratisches Jahrzehnt« – orientieren sich
sicherlich zu sehr an der Parteilinie der Bundesregierung oder einzelnen
linksalternativen Subkulturen.⁷ Bereits die Ergebnisse der Bundes- und Land-
tagswahlen belegen, wie stark in den siebziger Jahren eher konservative welt-
anschauliche Deutungen und Haltungen bei der Bevölkerungsmehrheit anwuch-
sen und, mit Ausnahme der Bundestagswahl 1972, mehrheitsfähig waren. Die
Christdemokratie erreichte ausgerechnet in den siebziger Jahren den größten
Zuspruch ihrer gesamten Geschichte. Bekannt ist, dass sie 1976 nur knapp die
absolute Mehrheit verfehlte, mit dem bis heute zweitbesten Ergebnis, das jemals
eine deutsche Partei erreichte. In den bundesweiten Wählerumfragen kam sie
1977 sogar auf 54 %. Weniger beachtet wird, dass die Union in den Ländern seit
Anfang der siebziger Jahre die mit Abstand besten Resultate überhaupt erzielte:
In Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg bevorzugten
nun über fünfzig Prozent der Wähler die Union, in Bayern erstmals über sech-
zig Prozent. Selbst in den wenigen SPD-regierten Bundesländern (wie Nieder-
sachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen) rückte die CDU eng an die absolute
Mehrheit heran und übertraf vielfach die Sozialdemokraten.

Besonders die Krise von 1973 verstärkte damit bereits lange vor dem Macht-
wechsel in Bonn einen konservativen politischen Wertewandel, der die poli-
tische Rechte begünstigte. De facto regierte die Union über den Bundesrat und
wachsende Politikverflechtung mit den Ländern in den siebziger Jahren auch
in der Bundespolitik mit.⁸ Ihre erfolgreichen Klagen beim Bundesverfassungs-
gericht engten die sozialliberale Regierung zusätzlich ein.

Blickt man auf die weltanschaulichen Profile jener Politiker, die seit Ende
der sechziger Jahre in den Bundesländern Führungsposten in der Union über-
nahmen, werden ebenfalls die Grenzen von Postmaterialismus und Liberalisie-
rung deutlich. Der recht liberale Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Helmut
Kohl, war um 1970 noch eher eine Ausnahme. In den Ländern traten seit Ende
der sechziger Jahre vielmehr Politiker wie Hans Filbinger, Gerhard Stoltenberg,
Wilfried Hasselmann und Alfred Dregger an die Parteispitze, die allesamt für
einen konservativen Generationswechsel in den späten sechziger Jahren stan-

den, von Franz Josef Strauß' wachsendem Einfluss in der Bundes- und Landespolitik gar nicht zu sprechen. Es ist zumindest erklärungsbedürftig, dass gerade diese Politiker trotz des betonten liberalen Wertewandels innerparteilich und bei den Wählern mehr Stimmen erhielten als die Sozialdemokraten oder gar Linksliberale. Der Siegeszug dieser eher konservativen Landesfürsten belegt sowohl die Grenzen postmaterialistischer Einstellungen als auch die Grenzen liberaler Strömungen innerhalb der christdemokratischen Landesparteien.

Leicht gegenläufige Trends zeigten sich auch im politischen Vorfeld der CDU/CSU. Generell werden für die siebziger Jahre die Auflösung klassischer Vorfelddorganisationen und der Rückgang von Kirchenbindungen als Argument angeführt, um den Verlust christdemokratischer Stammwähler und die Zunahme »rationaler« Wechselwähler auszumachen.⁹ Anhand der Wahlergebnisse lässt sich hingegen belegen, dass die Milieubindungen der Union nicht ganz erodierten, sondern sich in den siebziger Jahren wieder leicht verfestigten. So legte die CDU/CSU insbesondere nach der Krise von 1973 gerade in ihren Hochburgen und bei ihren Stammwählern zu, wie etwa bei den Katholiken und den ländlich-kleinstädtischen Wählern. Offensichtlich wurden also klassische weltanschauliche und kulturelle Konfliktlinien durch das Krisengefühl reaktiviert. Die religiös-kulturelle Prägung überlagerte dabei weiterhin andere Kategorien wie die der Klasse. So erhielten die Christdemokraten 1976 bei den katholischen Arbeitern 57% der Stimmen.¹⁰ Einer säkularisierten Industriegesellschaft, die vornehmlich von dem Konflikt Arbeit-Kapital oder durch ein *rational choice*-Wahlverhalten geprägt ist, entspricht dieser Befund nicht.

Ohnehin sollte nicht vorschnell von einer kontinuierlichen Abnahme der Kirchlichkeit seit den sechziger Jahren ausgegangen werden. Die Kirchenaus-tritte, die zwischen 1969 und 1974 steil anstiegen, gingen etwa seit 1974 bei beiden Kirchen deutlich zurück und stabilisierten sich auf einem mittleren Niveau. Auch die Zahl der Gottesdienstbesuche, kirchlichen Trauungen und Taufen stabilisierte sich ab 1974 wieder, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau, bis Ende der achtziger Jahre.¹¹ Die Krise von 1973 war insofern auch für die Kirche eine Chance, sich zu konsolidieren, und dies stabilisierte zugleich die Union.

Der Krisen- und Konfliktdiskurs reetablierte besonders im Katholizismus Bindungen zu den christdemokratischen Parteien. Nachdem sich die katholische Kirche seit Mitte der sechziger Jahre mit ihren Wahlempfehlungen für die CDU/CSU deutlich zurückgehalten hatte, verstärkte sie nun vor Ort und in der Öffentlichkeit wieder die indirekte und auch direkte Unterstützung.¹² Dabei mobilisierte vor allem die sozial-liberale Neuregelung der Abtreibung ihr Engagement, aber auch die Reform des Ehe- und Familienrechtes.¹³ Selbst bei der Bundestagswahl von 1980 sollte sich das »Hirtenwort« unzweideutig gegen die amtierende sozialliberale Regierung richten. Nicht nur deren Familienpolitik, sondern selbst die Finanzpolitik kritisierten die Geistlichen so unmissverständlich, dass die Union ihre Wahlempfehlung sofort in der Parteipresse verbreitete.¹⁴ Das Verhältnis zur evangelischen Kirche blieb hingegen stärker von Spannungen gekennzeichnet. Hier lässt sich durchaus ein struktureller Wandel ausmachen, obgleich regelmäßige Kirchgänger auch bei den Protestanten weiterhin überwiegend mit der Union sympathisierten.

2. Strukturelle Neuformierungen in der Krise

Zugleich bewegten sich die Christdemokraten in einem Krisendiskurs, der ihre Transformation anstieß. Für die Zeit bis 1973 wurden vielfach die großen Gesetzesreformen der sozialliberalen Regierung hervorgehoben, die die Bundesrepublik liberalisierten. Die ersten Jahre Brandts sind mit einem gesellschaftlichen Aufbruch und Euphorie verbunden. Allerdings wird leicht übersehen, dass diese Euphorie von einem größeren Teil der Gesellschaft nicht geteilt wurde. Vielmehr führte der »Machtwechsel« im bürgerlichen Lager lange vor 1973 zu der Wahrnehmung, man befände sich in einer dramatischen Verfallsphase. In der subjektiven Wahrnehmung der Christdemokraten und der eher konservativen Presse galt die sozialliberale Politik als erster Kulminationspunkt einer Entwicklung, die das Land ruiniere. Für diesen Teil der Bevölkerung begann die Krise damit nicht erst 1973, sondern schon ab 1969. Insbesondere die stark angestiegene Inflation sorgte für eine heute irrational erscheinende Verunsicherung und Polarisierung.

Diese starke Polarisierung zeigte sich auch in der Medienöffentlichkeit: Während der »Spiegel«, »Stern« und die »ZEIT« den sozialliberalen Regierungskurs geradezu einhellig stützten und sogar einige ihrer führenden Köpfe kurzzeitig in die Regierung wanderten, artikulierten die Blätter von Springer, die »Quick« oder die »FAZ« einhelligen Protest.¹⁵ Insofern rückte nicht die Öffentlichkeit nach links, sondern die unterschiedlichen Teile der Öffentlichkeit traten politisch auseinander. Und es wäre sicherlich zu einfach, die kampagnenartigen Attacken gegen die sozialliberale Regierung, wie sie insbesondere die »Bild-Zeitung« regelmäßig druckte, nur als Polemik des Boulevards zu vernachlässigen. Vielmehr dürfte diese permanente Krisenrhetorik Anfang der siebziger Jahre die anschließende Wahrnehmung der Regierungs- und Ölkrise ab 1973 präfiguriert haben. Die Wirtschaftskrise 1973 und die leeren Autobahnen schienen nur zu bestätigen, was rechts der Mitte befürchtet oder vielleicht indirekt auch herbeigesehnt wurde.

Zugleich entstand *innerhalb* der CDU/CSU frühzeitig ein selbst fabriziertes Krisengefühl. Seinen Ursprung hatte es in den innerparteilichen Konflikten darüber, wie auf den Regierungsverlust zu reagieren sei. Innerparteilich umstritten waren die richtige Oppositionsstrategie im Bundestag und bei den Bundesländer-Verhandlungen, die programmatischen Alternativen und die personelle Erneuerung. Strauß vertrat im Sinne der »Sonthofen-Strategie« 1974 die Ansicht, man solle in einer frontalen Opposition die sozialliberale Bundesregierung das Land zugrunde richten lassen, damit die Union dann aus der sozioökonomischen Katastrophe heraus besonders gestärkt die Wahlen gewinnen könne. In dieser Logik galt die Krise als Mittel für das eigene Heil. Dagegen vertrat der eher liberale Parteiflügel eine partielle Kooperation, um Schlüsselprobleme zu lösen. Diese innerparteilichen Konflikte, die sich in uneinheitlichen Abstimmungen der Fraktion niederschlugen, wurden wiederum als eine zusätzliche Krise des eigenen Lagers wahrgenommen.

Aus diesem doppelten Krisengefühl heraus kam es zu einer Neuformierung der Union. Die Krise barg damit zugleich die Chance auf eine Reform.¹⁶ Bis heute gelten die siebziger Jahre daher in der Selbstbeschreibung der Union im positiven Sinne als eine Form des Neuanfanges. Diese Reform in der Krise lässt sich auf drei miteinander verbundenen Ebenen ausmachen: Organisatorisch, personell und programmatisch-politisch. Organisatorisch begann die Union um 1970 damit, einen professionellen Apparat auszubauen, der für den eigenständigen Machtanspruch der Partei stand. Das galt sowohl für den intensiven Ausbau der Kreisgeschäftsstellen in der Provinz als auch für die Parteizentrale in Bonn. Das nun gebaute Hochhaus der Parteizentrale, direkt neben dem Bundestag, symbolisierte in gewisser Weise die Expansion und beanspruchte Modernisierung. Dieser Ausbau ging mit einer starken Verjüngung der neu eingestellten Funktionäre einher. Zahlreiche ehemalige RCDS-Studenten, die eher liberal orientiert waren, erhielten hier Positionen in Planungsstäben.¹⁷ Damit übernahm die gouvernemental orientierte Rechte bei ihrer »Neuerfindung« in den siebziger Jahren Organisationsprinzipien der Linken.

Diese organisatorische Expansion und Umwandlung der Partei fand jedoch nicht nur von oben statt, sondern auch von unten. Gewöhnlich gelten die siebziger Jahre vor allem als eine Zeit, in der aus der 68er-Bewegung heraus neue soziale und alternative Gruppen entstanden. Die Bildung von Bürgerinitiativen, alternativen Zirkeln und die SPD-Eintritte von Jungakademikern gelten als Beleg für den neuen linken Zeitgeist.¹⁸ Dabei wird jedoch leicht übersehen, dass sich ein ganz ähnlicher Wandel auch im bürgerlichen Lager entfaltete. So wurden CDU und CSU erst Anfang der siebziger Jahre zu Massenmitgliederparteien. Nicht nur prozentual, sondern auch absolut übertraf die Zahl ihrer neuen Mitglieder in den siebziger Jahren die der Sozialdemokraten. Vor allem zwischen 1972 und 1976 wuchs der Mitgliederbestand jährlich (!) um bis zu 70 000 Mitglieder – also deutlich mehr als bei alternativen Gruppen insgesamt.¹⁹ Ebenso wie bei der Linken waren diese Neumitglieder im hohen Maße junge Menschen und Akademiker. Gerade wenn man bedenkt, dass die Jugendorganisation Junge Union (im Unterschied zur SPD) nicht mit einer automatischen Parteimitgliedschaft verbunden war, ist dieser Zustrom an Neumitgliedern umso augenfälliger. Man wird also weniger von einer Sozialdemokratisierung der Jugend als von ihrer Fundamentpolitisierung sprechen müssen. Die politische Polarisierung und die Krise stärkten damit das institutionelle Fundament der Christdemokratie.

Die Professionalisierung und der Ausbau der Parteistruktur waren nicht nur eine Reaktion auf den Machtverlust in Bonn, sondern auch eine Antwort auf die vielfach diagnostizierte Erosion ihres politischen Vorfeldes. Die modernisierte Parteiorganisation trat in gewisser Weise an die Stelle der schwindenden Milieugruppenorganisationen. Die neue Mitgliederbasis ersetzte die alten Milieugruppen, die Fachtugungen, die Verbandstreffen und die Kreisgeschäftsführer, die Honoratioren. Allerdings zeigte sich bei den neuen Parteimitgliedern zugleich eine erstaunliche Konstanz der Milieustrukturen. Sie waren weiterhin überwiegend katholisch, männlich und selten Arbeiter. Zudem waren sie überdurchschnittlich häufig in klassischen Vorfeldorganisationen engagiert, wie in Kirchen, Gesangs-

oder Heimatvereinen.²⁰ Die Modernisierung des bürgerlichen Lagers ging somit durchaus mit den klassischen Strukturen konform.

Erst die Wahrnehmung der gesellschaftlichen und innerparteilichen Krise sowie des gesellschaftlichen Wertewandels ermöglichte auch eine personelle Neustrukturierung der Partei. Ohne sie wäre es undenkbar gewesen, dass sich 1973 ein neuer Parteivorsitzender wie Helmut Kohl hätte durchsetzen können, der damals in der Partei als ein recht liberaler Reformler galt.²¹ Tatsächlich veränderte Kohl den Führungsstil in der Partei. Der Parteivorstand kam ab 1973 deutlich häufiger zusammen, und das Diskussionsklima veränderte sich. Im Unterschied zur Adenauer-CDU gab Kohl nicht eine bestimmte Richtung vor, sondern ließ Diskussionen laufen und wartete die Meinungsbildung ab. Die Macht der eher konservativen Fraktion beschnitt er zunehmend, indem er vor allem Landespolitiker in die Führungsgremien holte und den Machtanspruch der Partei ausbaute. Die große personelle Expansion der Partei ermöglichte ihm dabei, bis in die Kreisverbände loyale neue Mitarbeiter auszuwählen.

Helmut Kohl förderte dabei die Karriere von weiteren Köpfen, die gerade nicht aus dem konservativen Lager stammten – wie Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler. Ihnen gemein war eine intellektuelle Ader und die Fähigkeit, Begriffe zu besetzen. Auffällig war zudem, dass Kohl den innerparteilichen Führungsposten des Generalsekretärs mit Biedenkopf an einen Seiteneinsteiger vergab. Biedenkopf hatte eine schnelle Karriere als Professor für Wirtschaftsrecht gemacht, war Universitätsrektor in Bochum und in der Geschäftsführung der Henkel GmbH tätig. Als Professor und Manager konnte Biedenkopf in Partei und Öffentlichkeit mit einer ganz anderen Autorität sprechen als seine Vorgänger und leichter organisatorische und personelle Defizite in der Partei angehen. Biedenkopf zentralisierte die Parteiführung und schuf direkt neu strukturierte Planungsgruppen, die insbesondere unter Warnfried Dettlings Leitung einen wirkungsmächtigen *Brainpool* bildeten. Damit eröffnete die Neuerung in der Krise nicht nur Karrierechancen, sondern förderte von der Parteispitze aus einen inhaltlichen Politikwechsel.

3. Politisch-programmatische Neuformierungen im Zuge der Krise

Das bürgerliche Lager hatte sich bislang durch eine betonte Programm- und Theorielosigkeit ausgezeichnet. Das änderte sich seit Ende der sechziger Jahre deutlich. So verabschiedeten die Christdemokraten 1968 erstmals ein Programm unter vielfältiger Partizipation. Nach eigenen Angaben gingen rund 30 000 Stellungnahmen auf den Entwurf ein, die der Bundesvorstand in langen Diskussionen in einen neuen Text einbaute.²² Intensive Debatten auf dem Berliner Parteitag 1968 folgten. Damit zeigten die Christdemokraten einen bisher unbekanntem Partizipationswillen und ein neuartiges Programminteresse. Bereits ein Jahr später, kurz nach dem Regierungsverlust, setzte ein Parteitag eine Kommission unter Helmut Kohl für die Fortschreibung des Programmes ein, um es »an die veränderten Tatsachen und den neuen Stand der Meinungsbildung in der Partei anzupassen«.

Deren Entwürfe zeigten tatsächlich eine erstaunliche Wandlungsbereitschaft. In der Bildungspolitik fanden sich Sätze wie: »Wir befürworten wissenschaftlich kontrollierte Schulversuche mit verschiedenen Schulmodellen, auch mit kooperativen und integrierten Gesamtschulen.«²³ Mit dem Umweltschutz oder der Hilfe für Entwicklungsländer (»Politik der internationalen Solidarität«) griff der Entwurf zukunftsweisende Themen auf. Die Abschnitte zur Deutschland- und Ostpolitik sprachen kaum noch von der staatlichen Wiedervereinigung, sondern vorsichtiger vom »Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR«, Letztere ohne Anführungszeichen. Auch sprachlich standen die Passagen für eine Transformation. »Manche Passagen lesen sich wie aus einem Lehrbuch der Soziologie«, kommentierte dies die »FAZ«.²⁴

Eine innerparteiliche Mehrheit fand dieser Entwurf jedoch 1971 noch nicht, sodass er stark abgemildert wurde. Eine entscheidende Neuerung war jedoch bereits, dass die Christdemokraten angesichts des Krisengefühls fortlaufend über ihre eigenen Standpunkte diskutierten, auch wenn dies zu Zerreißproben führte. Letzteres galt insbesondere für die Frage der Mitbestimmung, auf der sich jedoch ebenfalls der konservative Flügel knapp durchsetzte und eine klare Mehrheit der Anteilseigner festschrieb. Ebenso belegten die maßgeblichen Bundestagsabstimmungen (etwa zu den Ostverträgen oder zur Mitbestimmung) die Dominanz des konservativen Flügels, der die Reformvorschläge weitgehend abschwächte. Erst ab 1973, unter Helmut Kohls Parteivorsitz, wurden die Spielräume für programmatische Neupositionierungen größer.

Über solche kurz- und mittelfristigen Verortungen hinaus bemühte sich die CDU auch um eine langfristige programmatische Standortsuche und Akzentverschiebung. 1974 setzte sie eine Grundsatzkommission unter Richard von Weizsäcker ein, deren Arbeit nach vierjähriger breiter Diskussion 1978 in das erste Grundsatzprogramm der Parteigeschichte mündete.²⁵ Erneut erwiesen sich zahlreiche weitreichende Verschiebungen, die die Kommission ausgearbeitet hatte, innerparteilich nicht als mehrheitsfähig. Ein »Godesberg« war es deshalb sicher nicht, auch wenn es inhaltlich einige liberale und christliche Akzente setzte. Die CDU präsentierte sich insgesamt als eine sicherheitsorientierte, leistungsbewusste und marktwirtschaftliche Partei, die für den sozialen Ausgleich eintrat, diesen aber möglichst nicht durch staatliche Zahlungen erreichen wollte. Entscheidend war erneut, dass die bürgerliche Partei eine derartig langfristige Selbstschau und Debatte vornahm. Neben dem Regierungswechsel und dem diskussionsfreudigen Zeitgeist förderte vor allem die Krisenwahrnehmung diese Suche nach längerfristigen Konzeptionen.

Mit dieser Hinwendung zur langfristigen Programmatik übernahm die Rechte damit erneut soziale Interaktionsformen der Linken. Auffällig ist, dass seit 1970 die Zahl der CDU-nahen Zeitschriften und Buchpublikationen stark anwuchs, die diese Debatte begleiteten. Die Siebziger bildeten damit nicht nur einen »Markt für Marx«, wie Adelheid von Saldern zeigte,²⁶ sondern auch bürgerliche Autoren publizierten nun weltanschauliche Taschenbücher, die die Richtungsdebatte der Union thematisierten. Richard von Weizsäcker etwa sah »Die Krise als Chance«, und Norbert Blüm fragte in einem rororo-Band, welche Richtung die Union ein-

schlagen müsse.²⁷ Die siebziger Jahre waren somit auch für die Rechte ein Jahrzehnt der gedruckten Debattenkultur.

Versucht man die programmatische Entwicklung der Union in den siebziger Jahren zu bilanzieren, so fällt die Akzentuierung des Wortes Sicherheit auf, das sich zu einem Schlüsselbegriff entwickelte. Es verwies auf die Innere Sicherheit, aber auch auf ökonomische Sekurität. Denn nach der prägenden Inflationserfahrung von 1923 erschien der Anstieg der Inflationsrate im bürgerlichen Lager weiterhin als zentrale Bedrohung. Das Schlagwort »Sicherheit« erinnerte aber auch, vor allem Ende der siebziger Jahre wieder verstärkt, an die außenpolitische Bedrohung im Osten und die Forderung nach einer Nachrüstung. Politisch virulent wurde der Begriff schließlich im Kontext der Terrorismusverfolgung, bei der die Union eine Verschärfung der Inneren Sicherheit forcieren konnte. Die von der Union versprochene »Sicherheit« war damit vor allem eine Antwort auf die vielfältige Krisendiagnose. Der ebenfalls von der Union vielfältig benutzte Begriff »Freiheit« stand komplementär hierzu. Das Wort »Freiheit« fand sich in den Namen neuer konservativer Zusammenschlüsse (wie dem »Bund Freiheit der Wissenschaften«), in zentralen Wahlkampflogans (am bekanntesten »Freiheit oder Sozialismus«) oder den Kernbegriffen der CDU/CSU-Programme. Mit dem Wort »Freiheit« benutzte die Union einen anti-kommunistisch eingeübten Begriff, der sich zugleich gegen die sozialliberalen Reformen richtete, die das bürgerliche Lager als Begrenzung ihrer Rechte und damit als eigentlichen Grund der Krise empfand.

Mit Blick auf die politischen Inhalte lassen sich in den siebziger Jahren einige Akzentwechsel ausmachen. Aus der Programmarbeit heraus setzte schrittweise eine vorsichtige Annäherung an sozialliberale Positionen ein, wenn auch mit anderen Akzenten. Während sie sich bisher vor allem über die Außen- und Mittelstandspolitik definiert hatte, rückten um 1970 auch bei ihr gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund. Die zunehmenden Kämpfe über die Politik und Programmatik weisen zugleich darauf hin, dass sich auch das bürgerliche Lager stärker fragmentierte. Einerseits gewann der christlich-soziale Flügel, der sich unter Hans Katzer und den Sozialausschüssen (der CDA) organisierte, deutlich an Profil und Einfluss. Andererseits führten die sozialliberale Politik und die Studentenbewegung dazu, dass sich der konservative Flügel abgrenzend deutlicher formierte und artikulierte. Insofern wurde die Union sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene vielstimmiger. Das galt gerade für kulturelle gesellschaftspolitische Fragen. Die starken politisch-kulturellen Unterschiede, die sich in der Union in den siebziger Jahren zeigten, konnten insbesondere durch den Föderalismus aufgefangen werden. Während sie etwa in der Bildungspolitik in katholischen Regionen weiterhin für den Erhalt von konfessionellen Schulen eintrat, tolerierte sie im protestantischen Niedersachsen unter Ernst Albrecht schließlich Gesamtschulen und führte die Orientierungsstufe ein, während sie in Berlin die sechsjährige Grundschule akzeptierte. Die CDU-Landesregierungen unterschieden sich aber auch in ihrer Sozialpolitik, hinsichtlich der Staatsverschuldung oder der Größe des Beamtenapparates.²⁸

Zudem wurde die Union medienpolitisch aktiv. Eine dominante Grundwahrnehmung der Christdemokraten war, dass die Bevölkerung zwar strukturell konservativ war und ihre Überzeugungen teilte, die Medien aber links dominiert seien und nur durch ihre ideologischen Verdrehungen die Sozialdemokraten stützten. Insbesondere Elisabeth Noelle-Neumanns »Schweigespирale« und die Studien ihrer Schüler gaben dieser Annahme ein wissenschaftliches Gewand.²⁹ Dementsprechend trat die Union nach der Wahl von 1976, die diese Debatte reanimiert hatte, aktiv für eine Umstrukturierung der Medienöffentlichkeit in ihrem Sinne ein. Ihre Landtagswahlkämpfe führte sie aktiv gegen den »Rotfunk« WDR, CDU-nahe Verbände organisierten Kampagnen gegen »linke« Filme und Serien, und in den Fernsehsendern erreichte sie die Absetzung von kritischen Sendungen.³⁰

Ebenso setzte sie dank ihrer Mehrheit in den Bundesländern bevorzugt Journalisten mit ihrem Parteibuch durch, sodass am Ende des Jahrzehnts Journalisten aus der CDU bei beiden Fernsehsendern dominierten.³¹ Auch in der Struktur des Sendebetriebs leitete die Union bekanntlich bereits Ende der siebziger Jahre aus den Ländern heraus eine grundsätzliche Wende ein: Neben den von süddeutschen CDU-Ländern forcierten Kabelpilot-Projekten ebnete vor allem die Kündigung des NDR-Staatsvertrags durch die CDU-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen den Weg zum privaten Rundfunk. Dabei rechtfertigte sich die Union damit, dass sie auf diese Weise die Vielfalt der Demokratie stärken würde.³² Auch diese einschneidende Veränderung, von der sich die Union opportunere Berichte erhoffte, ist nur aus der politischen Polarisierung heraus zu verstehen, die sich aus der Krisenwahrnehmung ergab.

Eine gewisse Neuausrichtung der CDU deutete sich auch bei sozialen Themen an. Vor allem die von Geißler und Biedenkopf 1975 aufgebrachte »Neue Soziale Frage« stand hierfür. Sie proklamierte, dass neben dem alten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit nun »Konflikte zwischen organisierten und nicht-organisierten Interessen« getreten seien.³³ Die CDU sah sich jetzt als Anwalt der wirklich schwachen Nicht-Organisierten. Hierzu zählte sie besonders alte Menschen, alleinerziehende Mütter oder nicht mehr Arbeitsfähige, später auch Arbeitslose, Jugendliche, kinderreiche Familien, Gastarbeiter oder Behinderte. Rund sechs Millionen Menschen würden zu dieser vernachlässigten Armutsgruppe gehören, wie die CDU mit Publikationen untermauerte.³⁴ Damit reagierte die CDU auf die Transformation der Milieu- und Vereinsstrukturen, indem sie sich zum Fürsprecher der Organisationslosen machte. Gleichzeitig gestand sie auf diese Weise zu, dass auch in der sozialen Marktwirtschaft der Wohlstand bisher nicht für alle reichte.

Die »Neue Soziale Frage« war sicherlich das wichtigste Symbol für die Neuerfindung der Union aus der Krise heraus. Strategisch gesehen war der Entwurf in mehrfacher Hinsicht ein Geniestreich. Erstens demontierte er auf eine äußerst emotionale Weise die sozialpolitische Kompetenz der Sozialdemokraten. Damit schlug er die SPD auf ihrem ureigenen Feld. Die SPD wurde so zur Partei der Mächtigen umgedeutet. Zweitens entwertete die Neue Soziale Frage die traditionelle Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital, die für die Christdemokraten stets ein Problem war, durch eine dazu querliegende Trennung von Arm und

Reich. Drittens richtete sich der Ansatz implizit vor allem gegen die SPD-nahen Gewerkschaften, die nicht den wirklich Schwachen helfen würden. Und viertens sprach die Union mit den unverschuldeten Armen soziale Gruppen an, die im Unterschied zu den Gewerkschaftern potenzielle Unionswähler waren.

Da diese Armutgruppen traditionell im Zentrum der bürgerlichen Fürsorge und der katholischen Subsidiaritätslehre standen, hatte die Union eine gewisse Kompetenz auf diesem Gebiet. Schließlich hatte sich schon Adenauers Sozialpolitik besonders an Rentner oder kinderreiche Familien gerichtet. Zugleich ließ ein Engagement für die »würdigen Armen« auch das Wohlwollen der bürgerlichen Christdemokraten erwarten. Ohnehin sollte die Neue Soziale Frage vor allem im Sinne der Subsidiarität gelöst werden. Außer einem angedeuteten Erziehungsgeld versprach die CDU kaum staatliche Unterstützung. Vielmehr sollte vor allem die familiäre und ehrenamtliche Hilfe Notlagen lindern. Auffällig stark setzte sich die Union dagegen für eine finanzielle Stärkung der Rentner ein: 1972 trat sie für eine Rentenerhöhung und Ausweitung der Beteiligung ein, später für eine Vorziehung der Rentenanpassung und 1977 für eine bruttobezogene Rentenanpassung. Bei allem Populismus zeigte dies die sozialpolitischen Prioritäten der Christdemokraten, die auf den Erhalt des sozialen Status ausgerichtet waren.

Das Krisengefühl führte damit auch im bürgerlichen Lager zu einer Aufwertung des sozialen Gewissens.³⁵ Um das sozialpolitische Image der Union weiter zu stärken, nannte der neue Generalsekretär Biedenkopf nun häufiger sogar das legendäre Ahlener Programm von 1947 als eine Grundlage der CDU, die man fortschreiben wolle.³⁶ Auch begrifflich leitete Biedenkopf eine weitere Annäherung an die Sozialdemokraten ein. Bereits Ende 1973 war er mit einem wegweisenden Referat aufgefallen, das die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellte, gleichzeitig aber anders definierte. Nun sorgte er über seine »Mannheimer Erklärung« von 1975 dafür, dass sich die CDU exakt auf die gleichen drei Grundwerte wie die Sozialdemokraten berief.

Dieser Kurs löste jedoch erwartungsgemäß intensive innerparteiliche Diskussionen aus. So argwöhnten die konservativen Christdemokraten, die Neue Soziale Frage treibe nur die Staatsausgaben und die Einkommensverteilung weiter fort. Ebenso wie die CSU machten sie Biedenkopf für einen »Linksrutsch« und eine »Öffnung zur linken Mitte« verantwortlich.³⁷ Die beste Sozialpolitik sei vielmehr die Bekämpfung der Inflation. Dass sich dieser soziale Kurs nicht voll durchsetzte, zeigte sich spätestens im Grundsatzprogramm von 1978. Hier trat die Neue Soziale Frage in den Hintergrund und viele damit verbundene Forderungen wurden abgeschwächt.

Im Wahlkampf 1980 verschwand diese Akzentuierung durch die Kandidatur von Strauß völlig. Stattdessen legte die Union verspätet ein Wahlkampfprogramm vor, das in vieler Hinsicht ein Rückfall in frühere Zeiten war. Nicht zuletzt der Afghanistan-Einmarsch der Sowjetunion und der Terrorismus verstärkten diese konservative Akzentverschiebung zusätzlich. Der für Strauß erstellte Text begann mit der außenpolitischen Lage und mit Bedrohungsszenarien, die

durch die »sozialistische Entspannungspolitik« entstanden seien. Die Politik von Brandt und Schmidt trüge zum Abgleiten in »Kapitulation oder Krieg« bei. Dann erst folgten Abschnitte zur wirtschaftspolitischen Umkehr, die stets mit Finanzierungsvorbehalten versehen waren, wobei Horrorszenarien über die »sozialistische Mißwirtschaft« dominierten. Statt von den just beschlossenen CDU-Grundwerten Solidarität und Gerechtigkeit sprach Strauß von Sicherheit und Freiheit. Mit Ausnahme der Familienförderung blieb die Sozialpolitik denkbar blass. In vieler Hinsicht erinnerte das Wahlprogramm an die Zeiten vor Helmut Kohl.

Erst nach Strauß' furiosem Scheitern konnte Helmut Kohl wieder an jenen ausgleichenden programmatischen Kurs anknüpfen, den er in den siebziger Jahren eingeleitet hatte. Im Unterschied zu Strauß förderte Kohl auch die »weichen« Themen – wie die Bildungs-, Umwelt- und Medienpolitik. Dabei berücksichtigte er neue gesellschaftliche Fragen, die sich durch die Friedensbewegung verbreitet hatten, und ordnete sie in die historische Tradition der CDU ein. Den Umweltschutz deutete er als ein »urkonservatives Anliegen«. Die Verständigung mit Polen bezeichnete er als seit jeher wichtiges Ziel der Union. Sie gehe nicht auf Brandt, sondern auf Adenauer zurück, der diese schon in der Regierungserklärung 1949 gefordert habe.³⁸

Außenpolitisch machte Kohl dabei immer wieder deutlich, dass er für eine Fortsetzung der sozialliberalen Ostpolitik eintrete. »Wir stehen zu den geschlossenen Verträgen«, lautete im August 1982 sein Credo. Tatsächlich brachte der Regierungswechsel eine ostpolitische Kontinuität, die sich nur aus der Neuerfindung der Union in der Krise erklären lässt. Die Sozialpolitik blieb unmittelbar nach dem Regierungsantritt durch rigorose soziale Einschnitte gekennzeichnet, die allerdings erneut bei Familien gewisse Ausnahmen machten.³⁹ Damit lässt sich bilanzieren, dass sich auf der politisch-programmatischen Ebene zwar weitreichende Reformvorschläge nicht durchsetzten, die Union sich aber zumindest tendenziell in Fragen der Außen-, Bildungs- und Sozialpolitik veränderte und auf diese Weise die Rückkehr an die Regierung förderte.

4. Fazit

Wie man rückblickend ein Jahrzehnt bewertet, hängt natürlich vom Standpunkt des Betrachters ab. Untersucht man die siebziger Jahre mit Blick auf die Ära Adenauer, so erscheinen sie als eine Zeit der Liberalisierung oder Sozialdemokratisierung. Betrachtet man sie dagegen stärker von der Warte der langen Ära Kohl, so wirken sie eher wie ein Intermezzo in einer strukturell konservativ geprägten Republik oder zumindest wie ein Vorlauf für eine bürgerliche Rekonsozolidierung.

Wie die knappen Überlegungen andeuten, waren die siebziger Jahre durchaus ein Jahrzehnt, in dem man einen konservativen Aufbruch ausmachen kann. Dieser wurde im hohen Maße aus dem Krisengefühl der Zeit gespeist. Hierbei kam es einerseits, angesichts des Krisengefühls, frühzeitig zu einem konservativen

»Roll-Back«. Andererseits kam es zu einer organisatorischen, personellen und politisch-programmatischen Reform der Union, die mitunter Züge einer Neufindung der Parteikultur trug. Auch wenn traditionelle Positionen, wie gezeigt, vielfach im neuen Gewande fortbestanden, war die CDU bereits Mitte der siebziger Jahre eine andere Partei als wenige Jahre zuvor. Die zweite Ölkrise und das Intermezzo von Strauß' Kandidatur schwächten diese Transformation kurz ab. Langfristig konnte sich aber das neue Parteimodell durchsetzen.

Die Wahrnehmung der Krisen bedeutete aus dieser Perspektive aber nicht unbedingt ein »Ende der Zuversicht«. Vielmehr erschien die sozio-ökonomische Krise für viele Christdemokraten gerade als eine Chance, wieder an die Regierung zurückzukehren. Die Überzeugung, dass die Krise nur durch Regierungsfehler gemacht sei und damit bei einem Machtwechsel behoben werden könne, belegt den fortbestehenden Glauben an die Steuerung von Krisen und Konjunkturen. Das neuartige massenhafte Engagement innerhalb der Christdemokratie, das sich bei ihren Programmdebatten, in ihrer Organisation und bei dem Mitgliederanstieg ausmachen ließ, verweist zudem generell darauf, dass man das »Ende der Bürgerlichkeit« bei der Erforschung der siebziger Jahre hinterfragen sollte. Vielmehr ist signifikant für die siebziger Jahre, dass selbst bei einer Partei, die traditionell wenig durch Engagement von unten getragen wurde, nun eine Massenpartizipation ausmachbar ist.

Die hier angedeuteten Überlegungen zur jeweiligen Forschungsperspektive lassen sich natürlich diametral auf eine künftige Erforschung der achtziger Jahre übertragen. Aus einer politikgeschichtlichen Perspektive scheint dieses Jahrzehnt durch die »konservative Wende« geprägt zu sein, die kulturgeschichtlich durch Figuren wie den »Yuppie« und den »Popper« gekennzeichnet ist. Aber ebenso wie eine Geschichte der siebziger Jahre nicht in der Genese einer links-liberalen Kultur aufgeht, waren die achtziger Jahre nicht allein ein Zeitalter des konservativen Zeitgeistes. Die großen pazifistischen Massendemonstrationen und die Wahlerfolge der Grünen setzten bekanntlich hier erst ein, während die CDU seit 1983 kontinuierlich Mitglieder und Wähler verlor.

Anmerkungen

- 1 Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1998.
- 2 Axel Schildt u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Matthias Frese u. a. (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.
- 3 Wolfgang Kraushaar, *Die Protestchronik. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie*, 4 Bde., Hamburg 1996.
- 4 Diese Tendenz kündigt sich in den ersten Bänden zu den siebziger Jahren an; vgl. etwa die Mehrheit der Beiträge in: *Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 2004*.
- 5 Der Begriff des »politischen Lagers« beruht nach politikwissenschaftlichen Definitionen auf der gemeinsamen Abgrenzung gegen ein Gegenüber und kann daher unterschiedliche Parteien und Milieus fassen; vgl. Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt a. Main 1992, S. 21.

- 6 Argumentativ und empirisch stütze ich mich dabei auf meine Studie: Frank Bösch, *Macht und Machtverlust: Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002.
- 7 Diese Kritik äußerte auch Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten.« Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: *AfS* 44 (2004), S. 449–478.
- 8 Zur CDU im Kontext der wachsenden Politikverflechtung: Josef Schmid, *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Opladen 1990.
- 9 Dies ist meist der Ausblick der um 1970 endenden Milieustudien; als Forschungsüberblick zum Milieukonzept vgl. Peter Lösche / Franz Lösche, *Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 471–492.
- 10 Die Kontinuität konfessioneller Prägungen in der politischen Kultur betont: Karl Schmitt, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989.
- 11 Detlef Pollack, *Säkularisierung – ein moderner Mythos?*, Tübingen 2003, S. 162, 164.
- 12 Vgl. generell Thomas M. Gausly, *Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976*, Bonn 1990, S. 218–252.
- 13 Vgl. etwa die Berichte in: *Bonner Generalanzeiger* v. 6. 11. 1972; *Kölner Stadt-Anzeiger* v. 23. 10. 1972; *Rheinische Post* v. 10. 10. 1975; vgl. auch Klaus Gotto, *Wandlungen des deutschen Katholizismus seit 1945*, in: Dieter Oberndörfer u. a. (Hg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel*, Berlin 1985, S. 221–235.
- 14 *Union im Dienst*, Nr. 35, v. 17. 9. 1980.
- 15 Daniela Münkel, *Willy Brandt und die »Vierte Gewalt«*. *Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren*, Frankfurt a. Main 2005, S. 118.
- 16 Zu dieser optimistischeren, reformbetonten Lesart des Krisenbegriffes vgl. Moritz Föllmer / Rüdiger Graf, *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. Main 2005.
- 17 Einer der Protagonisten dieser Phase hielt diesen Prozess euphorisch in einer Doktorarbeit fest: Wulf Schönbohm, *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980*, Stuttgart 1985.
- 18 Vgl. etwa Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 253–261, 400 f.
- 19 Genauere Daten in: Bösch, *Macht*, S. 213 f.
- 20 Vgl. die Umfragedaten in: Wolfgang Falke, *Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971–1977*, Berlin 1982; Michael Greven, *Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewußtsein in Parteien*, Opladen 1987; Terry Barton, *Die CDU 1975–1983: Nach rechts rutschende Honoratiorenpartei? Zum Selbstverständnis der Parteitagsdelegierten*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 15 (1984), S. 196–210.
- 21 Als beste Biografie zu Kohl vgl. Klaus Dreher, *Helmut Kohl. Leben mit Macht*, Stuttgart 1998.
- 22 Vgl. bes. die Sitzung des CDU-Bundesvorstands 20.–21. 9. 1968, in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)* VII-001-017/5.
- 23 Entwurf verabschiedet am 21. 6. 1970, in: *ACDP* 2/201.
- 24 Peter Jochen Winters, *Wohin geht die Christlich-Demokratische Union?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12. 1. 1971.
- 25 Vgl. zur Diskussion etwa: Richard von Weizsäcker, *CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik*, Gütersloh 1977. Die Fassung von 1978 ist abgedruckt in: Peter Hintze (Hg.), *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*, Bonn 1995, S. 123–167.
- 26 Adelheid von Saldern, *Markt für Marx. Literaturbetrieb und Lesebewegungen in der Bundesrepublik in den Sechziger- und Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 149–180.
- 27 Richard von Weizsäcker, *Die Krise als Chance*, Stuttgart 1975; Norbert Blüm, *Reaktion oder Reform: Wohin geht die CDU?*, Reinbek 1972.
- 28 Vgl. die grundlegenden Untersuchungen: Manfred G. Schmidt, *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*, Frankfurt a. Main 1980; Schmid, *Die CDU*, bes. S. 182–199.

- 29 Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*, München 1980 (in den Jahren zuvor bereits in Artikeln vielfach ausgeführt); Hans Matthias Kepplinger, *Angepaßte Außenseiter: Was Journalisten denken und wie sie arbeiten*, Freiburg 1979.
- 30 Knut Hickethier, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart 1998, S. 322 f.
- 31 1981 dominierten Journalisten mit CDU-Parteibuch gegenüber denen der SPD beim ZDF mit 33 zu 22 %, bei der ARD mit 28 zu 22 %; vgl. Volker Hetterich, *Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um die Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998*, Opladen 2000, S. 84.
- 32 Peter J. Humphrey, *Media and Media Policy in West Germany: the Press and Broadcasting since 1945*, New York, 1990, S. 184.
- 33 Abgedruckt in Hintze, *Programme*, S. 113.
- 34 Vgl. bes. Heiner Geißler, *Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente*, Freiburg 1976.
- 35 Vgl. generell hierzu Habbo Knoch (Hg.), *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen 2007.
- 36 Vgl. Interviews im Spiegel v. 29. 9. 1975 und in der Süddeutschen Zeitung v. 9. 10. 1975.
- 37 Vgl. etwa *Wirtschaftswoche* v. 24. 10. 1975.
- 38 Interview in: *Rheinischer Merkur* v. 5. 12. 1980.
- 39 Vgl. die kritische Bilanz in: Göttrik Wewer (Hg.), *Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik 1982–1998*, Opladen 1998.